

Ergebnis  
an allen Verlagen.

Beigangspreis

in der Werkstattstelle 250.—  
in den Ausgabestellen 250.—  
durch Gewinnabgaben 300.—  
am Postamt 275.—  
ins Ausland 20 deutsche MarkGesamtpreis: 4248, 2273.  
8110, 8249.

Poststempelkonto für Deutschland: Nr. 6184 in Breslau.

# Posener Tageblatt

(Posener Warte)

ausgetragen  
1. d. Grundschichtzelle im  
Einzelgegenstand innerhalb  
Polens 40.—M  
Reklamezeit 120.—M  
Für Aufträge aus  
Deutschland 350.—M  
im Reichsmittel 10.—M  
in deutscher Mark.

Telegrammabfertigung:  
Tageblatt Posn.

Czecowe Konto für Polen: P. K. O. Nr. 201283 in Poznań

## Polen und Russland.

Warschau, 8. Februar. Der Gesandte der polnischen Republik in Moskau, Bogumil Stefanowski, hat in einer Unterredung mit einem Vertreter der "Agencja Wschodnia" (Ostagentur) diesem folgende Informationen über die polisch-russischen Beziehungen erteilt:

In den jetzt bestehenden polisch-russischen Beziehungen schiebt sich an die erste Stelle der Handelsvertrag vor, dem gegenüber beide Regierungen schon eine grundsätzlich günstige Haltung eingenommen haben, und der in allerhöchster Zeit Gegenstand von eingehenden Verhandlungen sein wird. Der Vertrag wird wahrscheinlich nicht kompensationscharakter haben. Die reichen Bodenschätze Russlands werden nicht einmal zu einem kleinen Teile infolge der vollen Arbeitsdesorganisation ausgenutzt werden. Wegen der von Tag zu Tag wachsenden Transportschwierigkeiten, welche nicht einmal die Terminals lieferungen von Lebensmitteln für die Hungerebiete gestatten, besteht keine Hoffnung dafür, daß es vielleicht möglich sein wird, besonders aus entfernten Gegenden, Rohstoffe einzuführen, welche wirtschaftlich mehr Interesse abgewinnen würden. Die Bedeutung dieses Wirtschaftsvertrages wird also augenblicklich von gewissen Kreisen überschätzt.

Ausgleich für die polnische Ausfuhr können russische Rohstoffe Gold, Edelsteine und zum Teil Pelze sein. Dabei muß bemerkt werden, daß der Vorrat an russischem Gold, welches in alle Himmelsrichtungen verstreut ist, erschreckend abgenommen hat und bald gänzlich verschwinden wird. Gewisse Mengen Rohstoffe, die Russland bei den Transportschwierigkeiten und wegen anderer Hindernisse liefern könnte, würden an polnische Fabriken zur Verarbeitung übergeben werden und dann als Halbfabrikate nach Russland zurückkehren, wobei die Fabriken einen Teil der Rohstoffe als Kompensation zurück behalten. Die Verarbeitung der nicht zahlreich gelieferten Rohstoffe könnte nicht erheblich zur Erhöhung der polnischen Industrie beitragen. Angesichts obiger Ausführungen ist es möglich, daß Russland, da es keine genügende Menge von Austauschwaren besitzt, sich in Verhandlungen dazu verstehen wird, uns die verschiedenartigsten Zusagen zu machen.

Bezüglich der allgemeinen Politik Sowjetrußlands kann ich bemerken, daß sie vor der Konferenz zu Genoa sehr zurückhaltend ist, was darauf zurückzuführen ist, daß es danach strebt, eine günstige Stimmung auf der Konferenz über Sowjetrußland herzurufen. Schließlich muß man annehmen, daß zur Konferenz, welche für Russland eine überaus große Bedeutung hat und den Wendepunkt in seiner Auslandspolitik bilden könnte, eine Delegation reisen wird, welche mit weitgehendsten Vollmachten versehen und zu großer Nachgiebigkeit geneigt ist.

## Abreise Karachans nach Moskau.

Warschau, 8. Februar. Wir erfahren, daß Karachan am 10. d. Ms. nach Moskau fährt. Mit ihm zugleich wird wahrscheinlich der polnische Gesandte bei der russischen Regierung, Stefanowski, Warschau verlassen. Der Grund für die Abreise Karachans ist der, daß er, falls Tschitscherin nach Genoa fährt, ihn als Kommissar für auswärtige Angelegenheiten vertreten wird.

## Notenwechsel zwischen Polen und Litauen.

Warschau, 8. Februar. Der litauische Außenminister überbrachte eine Note, in der er von der polnischen Regierung die Ankündigung unmittelbarer Verhandlungen in der litauischen Angelegenheit fordert und die Annahme dieser Forderung von den Verhandlungen in allen andern Angelegenheiten, die beide Regierungen betreffen, abhängt macht. In der Antwort erklärte sich der Minister Skirmanis zur Annahme der Verhandlungen bereit, um die Angelegenheit einer praktischen Natur zu erledigen. Er erklärte zugleich, daß der litauische Ton der litauischen Note den Mangel an Persönlichkeit gezeigt habe.

## Der französisch-polnische Handelsvertrag.

Warschau, 8. Februar. Der am Montag unterzeichnete Vertrag wird am achten Tage nach dem Zeitpunkt in Kraft treten, an dem die französische Regierung eine Mitteilung über die Annahme dieses Abkommens im Warschauer Sejm erhalten hat. Über die wichtigsten Bestimmungen des Bollverages erhält die Polnische Telegraphen-Agentur folgende Mitteilungen: Was die Einfuhr französischer Waren nach Polen anbelangt, so wird Frankreich eine Ermäßigung der polnischen Zölle für alle die Artikel zugestanden, die den französischen Export hauptsächlich interessieren, und zwar werden die französischen Firmen in Polen in Zukunft die Meistbegünstigungsrechte in vollem Umfang genießen. Ebenso wie französische Waren werden alle Waren behandelt, die aus den Kolonien kommen, sofern sie durch französische Firmen nach Polen versandt werden oder aber durch Vermittlung polnischer Firmen nach Polen gelangen. Französische Qualitätswaren, wie beispielsweise Wein, Leder und Schmuckgegenstände usw., werden eine Ermäßigung von 50 Prozent der Zölle geniessen.

Was die Einfuhr polnischer Waren nach Frankreich anbelangt, so wird der Zoll für bestimmte polnische Artikel, wie Feldfrüchte, Naphtah usw. nach den niedrigsten Tarifzälen erhoben. Etwa 40 weitere Warenarten können außerdem in Frankreich zu ermäßigten Zöllen eingeführt werden.

Weitere Artikel des Abkommens regeln die Tätigkeit beider zeitiger Gesellschaften und bestimmen, in welcher Form der Handelsverkehr sich zu vollziehen hat. Polen verpflichtet sich ganz allgemein, Frankreich in wirtschaftlicher Beziehung die größten Vorteile zu gewähren. Französische Waren, die sich in Polen bereits befinden, aber für den Weitertransport bestimmt sind, bleiben zollfrei. Bestimmte Waren wie Autos, Alkoholerzeugnisse (Parfüm), dürfen im allgemeinen nicht nach Polen eingeschafft werden. Doch stellt auch für diese Waren die polnische Gesellschaft in Paris im Rahmen bestimmter Kontingente Einfuhrbewilligungen aus. Die Bedingungen werden in kurzem bekanntgegeben werden.

## Die oberschlesischen Angelegenheiten.

### Ausprache im polnischen Finanzministerium.

Warschau, 9. Februar. Das wichtigste Ereignis des gestrigen Tages waren die Beratungen des Finanzausschusses, in denen Minister Michałski allgemein über die oberschlesischen Verhandlungen Bericht erstattete, wonach Direktor Małkowicki einen Entwurf des Balutavertrages vorlegte. Wie bekannt, soll die deutsche Mark 15 Jahre hindurch im polnischen Teile Oberschlesiens im Umlauf bleiben. Es sollen drei Banken im polnischen

## Die Entspannung der Lage in Deutschland.

### Ende des Eisenbahnerstreiks.

Berlin, 8. Februar. Der Auftakt der Eisenbahner erreichte am Dienstagabend sein Ende. Nachdem vorher schon eine Entspannung eingetreten war, zogen sich zunächst am Abend noch einmal bedrohliche Wolken zusammen. Die Hauptwichtigkeit bestand in der Frage der von der Regierung beabsichtigten Maßregelung der Streikführer. Die Regierung wollte, daß der Reichsverkehrsminister Gröner über die Frage entscheiden sollte. Die streikenden Eisenbahner waren unabdingt dagegen und zwar wurden sie in dieser Sache nicht nur von der politischen Partei der Unabhängigen unterstützt, sondern auch von den Gewerkschaften.

In einer Besprechung in der Reichskanzlei an der Vertreter der streikenden Reichsgewerkschaft der deutschen Eisenbahner direkt teilnahmen, was bisher von der Regierung vermieden worden war. Kam eine Vereinbarung zu stande, daß über die Maßregelung der Streikführer nicht der Reichsverkehrsminister Gröner, sondern das gesamte Kabinett entscheiden soll. Die Regierung hat zugestellt, daß keine Massenmaßregelung der streikenden Beamten stattfinden wird. Damit waren die Vertreter der Reichsgewerkschaft einverstanden.

### Der Generalstreik in der Theorie.

Berlin, 8. Februar. Nach Beilegung des Eisenbahnerstreiks versuchten die Kommunisten mit allen Mitteln eine Hebe zur Fortsetzung der Ausstände und am Dienstagabend wurde in einer Versammlung der Groß-Berliner Betriebsräte beschlossen, den Generalstreik zu proklamieren. Nach dem Frieden mit den Eisenbahnen ist dieser Beschuß praktisch bedeutungslos.

### Rücktritt Gröners?

Berlin, 8. Februar. Die "Voss. Zeit." meldet: Ein ernstes politisches Kreis rechnet man mit dem demnächstigen Rücktritt des Reichsverkehrsministers Gröner.

### Die Beratungen über die Beisoldungsfragen im Reichsfinanzministerium.

Berlin, 8. Februar. (Teiluniv.) Am Montag nachmittag um 4 Uhr stand im Reichsfinanzministerium eine Sitzung unter dem Vorsitz des Reichsministers Dr. Hermes statt, bei der sämtliche Minister vertreten waren. Reichsverkehrsminister Gröner war persönlich erreichbar. Die Spizengesellschaften der Reichsgewerkschaften hatten ihren Vertreter entsandt. Der Reichsminister der Finanzen erklärte zur Frage der Nachprüfung der Grundgehalte der Beamten, er habe schon in der Reichstagsitzung vom 21. Januar eine Erklärung abgeben lassen, wonach die Reichsregierung bereit sei, baldmöglichst in eine eingehende Aussprache über alle Beisoldungsfragen einzutreten und alle in Bezug kommenden Probleme zu prüfen. Zu der Gesamtheit dieser Probleme deren Erörterung damals in Aussicht gestellt worden sei, habe nach Auffassung der Reichsregierung von Anfang an selbstverständlich auch die Frage der Nachprüfung der Grundgehalte gehört. Auch der 23. Ausschuß des Reichstages für Beamtenangelegenheiten habe inzwischen in Aussicht genommen, bei Gelegenheit dieser Beratungen über die Frage der automatischen Anpassung der Gehälter und Löhne an die jeweilige Leistung auch die Nachprüfung der Grundgehalter in den Kreis der Erörterungen zu ziehen. Er (der Minister) sei bereit, alle Schritte zu tun, um die gegenwärtig der Beratung des Ausschusses unterliegenden Fragen insbesondere die der Nachprüfung der Grundgehalter beschleunigt zu behandeln. Im Anschluß an diese Besprechungen wurde die schon seit dem 25. Januar in den 23. Ausschuß des Reichstages erörterte Frage der praktischen Durchführung der Gewährung von Wirtschaftsbihilfen an Beamte und Angestellte in Ausehnung an die den Arbeitern zugestandenen Lebenturierungszuschüsse mit den Spizengesellschaften durchberaten. Diese Beratungen werden in den nächsten Tagen fortgesetzt werden. Im Anschluß an die Besprechung im Reichsfinanzministerium stand eine Treffen in der Reichskanzlei unter dem Vorsitz des Kanzlers statt, in der der Reichsfinanzminister Dr. Hermes über seine Verhandlungen mit den Spizengesellschaften berichtete.

### Disziplinarverfahren gegen die Streikführer.

Berlin, 8. Februar. Die Reichsgewerkschaft der Eisenbahner hat sich mit den vom Reichstagswahlkreis in Aussicht ge-

stellten Konzessionen bezüglich der Arbeitszeit und des Tochtervertrages aufreihen eröffnet, aber ihre Stellungnahme von der Frage der Maßregelung der Beamten abhängig gemacht. Darauf begab sich eine Abordnung des Beamtenbundes zum Reichsverkehrsminister, der seine Stellung dahin festlegte:

Die eingeleiteten Disziplinarverfahren gegen die Streikführer werden durchgeführt. Die erfolgten Entlassungen der kündbaren Streikenden werden aufrechterhalten. Dagegen wird von Maßregelungen gegen diejenigen, die nur als Mittläufer zu betrachten sind, d. h. also von Massenmaßregelungen, Abstand genommen.

Ob sich die Reichsgewerkschaft hiermit zufrieden geben wird, bleibt abzuwarten.

### Der städtische Streik im Ablauf.

Auch der Streik der städtischen Arbeiter in Berlin ist verloren. Was jetzt noch kommt, ist Rückzugsgesetz der Führer für die der Zugmehrheit die dies mit einer Revolte sondergleich in zentralen Ausständen wohl noch weitere Folgen haben wird. Die Erregung der gesamten Berliner Bevölkerung von rechts bis weit in die Kreise der radikalen Arbeiter hinein ist eine ungeheure. Schon gestern waren die Dinge so weit gediehen, daß es keinem Streikenden geraten war, sich öffentlich als Ausländer zu erkennen. Wo das geschah, setzte es stellenweise Prügel.

Heute nachmittag sollen in Berlin sechs von der Streileitung einverneinte öffentliche Versammlungen stattfinden, in denen zu der Lage Stellung genommen werden soll und in denen so der Zweifel der vorläufige Ablauf des Streiks beendet werden wird. Vermisst sei, daß gestern vorgenommene Urabstimmungen der Berliner Hochbahn und der Kraftdrohschiffen sicherlich mit großer Mehrheit gegen einen Sympathiestreik ausgerichtet haben.

Inzwischen hat die Streileitung mit einer Zweidrittel-Mehrheit sich dem Aufruf der Spizengesellschaften der Gewerkschaften angeschlossen, der zur sofortigen Wiederaufnahme der Arbeit auffordert. Berliner Blätter meinen, daß die Arbeit voraussichtlich bereits heute nachmittag, spätestens aber morgen, wieder aufgenommen wird.

### Der Vorräts über den Wahnsinn des Streiks.

Der "Vorräts" bringt einen Artikel, der sowohl den Eisenbahnerstreik als auch den Ausstand der städtischen Arbeiter Berlins scharf verurteilt. Das Blatt fragt:

"Sind denn die Lokomotivführer und die städtischen Arbeiter auch wirklich voll und ganz über das unterrichtet, was ihnen jetzt geboten wird? Alle Nachrichten und Meinungen, die zu den Gewerkschaften, den Parteien, den Zeitungen kommen, zeigen, daß dies bei weitem nicht der Fall ist. Indessen wäre es an der Zeit, die Kämpfenden selbst wieder einmal sprechen zu lassen. Sie sind in einer übergroßen Mehrheit einer ehrenvollen Verständigung geneigt. Jede Urabstimmung, durchgeführt bei vollem Wissen der Vergleichsangebote, würde es ermöglichen, die beiden ungeheuerlichen Ausständen mit einem Achtungserfolg zu beenden. Über die Führer der Reichsgewerkschaft, die Funktionäre der städtischen Arbeiter möchten wohl, daß dann noch weiter gestreikt wird. Die Allgemeinheit, die mit Nutzen gestrichen wurde, soll also mit Scorpions gepeitscht werden, und daß alles, ohne daß 11 Millionen organisierte Arbeiter und Angestellte, daß die Arbeiterparteien gefragt worden sind. Das ist kein gewerkschaftlicher Kampf mehr. Das ist auch kein Streik um politische Ziele. Das ist Wahnsinn."

Die "Freiheit", das Organ der Unabhängigen, richtet heute, um die Erwörung der Bevölkerung von den Streikenden abzulenken, heftige persönliche Angriffe gegen Reichsfinanzminister Dr. Hermes, der angeblich die ungeeignete Persönlichkeit zur Führung der Verhandlungen mit den Streikenden sei.

### Oberschlesien tätig sein; die Deutsche Bank, die Darmstädter Bank und die Dresdener Bank, während im deutschen Teile Oberschlesiens sechs polnische Banken geschäft treiben werden.

Der "Aba. Loewenstein" trat mit einer scharfen Kritik dieses Entwurfes hervor und betonte, daß der Vertrag vollkommen veresse, den polnischen Teil Oberschlesiens mit dem nötigen Vorrat an Zahlungsmitteln zu versehen. Der Vertrag befrieide die deutsche Regierung und die Reichsbank vollkommen von der Verpflichtung, das polnische Oberamt mit der nötigen Menge deutscher Valuta zu versehen, bei Bedingungen, unter denen die Reichsbank deutschen Privatbanken Kredite erlaubt. Auf diese Weise würde die polnische Produktion in Oberschlesien auf Rechnung der deutschen Regierung erhebliche Summen zahlen. Welche Bedeutung der Vertrag für die Industrie hat, davon zeugt der Umstand, daß allein für die Arbeiterlöhne in Oberschlesien wöchentlich 700 Millionen deutsche Mark notwendig sind. Infolge des Vertrages würde die polnische Produktion in Oberschlesien teurer sein wie deutsche, und das würde schädlich sein. Ein solcher Stand der Dinge würde politisch und finanziell den deutschen Agitatoren die Gelegenheit geben, die wirtschaftliche Schwäche Polens und die Stärke Deutschlands auszunützen. Der Vertrag legt gleichzeitig den deutschen Banken keine Verpflichtungen auf, polnischen Unternehmen Kredite zu erteilen, überlässt ihnen absolute Freiheit in dieser Beziehung, so daß die polnische Industrie einem Mangel an Zahlungsmitteln ausgesetzt sein würde. Als Schutz gegen die Möglichkeit solcher verhängnisvoller Folgen reicht es nicht aus, daß man Polen das Recht einräumt, eigene Valuta einzuführen, weil dieses Recht frühestens mit dem 1. Januar 1924 in Kraft treten kann. Und im Verlaufe von zwei Jahren bis zu dem erwarteten Termin könne sich die jetzige blühende Industrie Oberschlesiens allmählich verfestigt sein, besonders weil die deutschen Banken unter der unmittelbaren Oberhoheit ihrer Regierung bleiben, deren Politik bezüglich Polens zu charakterisieren es genügt, auf das Verhalten deutscher Filialen in Danzig bezüglich der polnischen Mark hinzuweisen. (1) Auch die Angelegenheit der Verlegung der Central-

verwaltungen von industriellen Institutionen von Deutschland nach Polen sei nirgends sichergestellt worden.

An der Diskussion beteiligten sich der Marschall Trapp, Stavinskij, die Abga. Rzad, Czajewski, Sosinski, Stojanowski und andere. Alle unterstützten die Ausführungen des Abga. Loewenstein. Zum Schluss wurde ein Antrag angenommen, welcher fordert, daß der polnischen Wirtschaft in Oberschlesien die Möglichkeit, die entsprechenden Zahlungsmittel zu kaufen, sichergestellt wird, und zwar nicht unter schlechteren Bedingungen als für die deutsche Industrie.

**Verschiebung der Abreise der deutschen Delegierten.**

Berlin, 8. Februar. Die deutsche Delegation für die polnisch-deutschen Verhandlungen, welche heute nach Genua fahren sollte, mußte infolge des Eisenbahnerstreiks in Berlin verbleiben. Es wird angenommen, daß der polnische Delegierte Dr. Olssowski ebenfalls aus denselben Gründen seine Reise nach Genua nicht hat bewerkstelligen können.

**Die Politik der Tarnya.**

Danzig, 8. Februar. Aus Berlin wird berichtet, daß die litauische Politik in Memel sich bisher von folgenden Richtlinien leiten ließ: In militärischer Hinsicht sowie in Bezug auf den Handel und die Verwaltung sollten Litauen und Memel ein Gebiet bilden. Im übrigen sollte Memel eine Autonomie erhalten. Gegenwärtig macht sich nach der "Deutsch-Allgemeine Zeit." eine neue Richtung in der Wirtschaftspolitik bemerkbar, die nicht nur die Aufrechterhaltung, sondern auch die Erweiterung der gegenwärtigen sozialen, kulturellen und wirtschaftlichen Verhältnisse fordert. Weiter fordern die Anhänger der neuen Partei die vollkommene Gleichberechtigung der Deutschen und der litauischen Nationalität und die Bildung einer eigenen Miliz für die Aufrechterhaltung des Friedens im Lande. Um endlich das litauische Hinterland zu erschließen soll Memel mit Litauen verbunden werden, aber einen eigenen Sejm erhalten. Der Hafen in Memel soll bei den Staaten zur gemeinsamen Benutzung überreicht werden. Der Volksbund soll über die Durchführung der Verträge wachen. Gründer der neuen Partei ist der bekannte Memeler Agitator Simonaitis.

## Um die Wirtschaftskonferenz.

Endgültige Absage Amerikas.

London, 8. Februar. Aus Washington wird berichtet, daß die amerikanische Regierung in der Angelegenheit der Teilnahme an der Konferenz in Genua die endgültige Absage gegeben habe. Der offizielle Akt der Antwort soll am Freitag erfolgen.

### Die französische Note über Genua.

Paris, 8. Februar. "Petit Parisien" erzählt aus London die Note Frankreichs in der Angelegenheit der Konferenz von Genua. Sie bestätigt darauf, daß der Vertrag, welcher den Staaten eine Einigung in den innen Angelegenheiten anderer Staaten vorsieht, in seinem Falle den Verbündeten verbieten darf, bei einem Versuch der Wiederherstellung der Monarchie und des Militarismus in Deutschland oder Ungarn einzuschreiten. Die Note erachtet es für notwendig, die Konferenz von Genua auf drei Monate zu verlängern, um genaue Vorbereitungen treffen zu können.

### Englands Standpunkt.

London, 8. Februar. Lloyd George beharrt weiter auf seiner Forderung, die Konferenz an dem zuerst bezeichneten Termin d. h. am 8. März stattfinden zu lassen. In politischen Kreisen ist man sich jedoch klar darüber, daß dies unmöglich sein wird. Die französische Regierung sandte eine neue Note nach London. Es soll diese ein sehr ausführliches Dokument sein, dessen Inhalt aber streng gehalten wird.

### Die Vorbereitung in Genua.

Rom, 7. Februar. Die Vorbereitungen zur Konferenz in Genua werden mit großer Beschleunigung geführt. Die italienische Regierung bereitet die Unterbringung der Hauptdelegierten der Staaten und ihrer Sekretäre und des übrigen Personals in Hotels vor. Man erwartet, daß gegen 300 Journalisten in Genua eintreffen werden. Bequemlichkeiten, Telegrafen- und Telefonstation usw. werden in allen

### König Georgs Thronrede.

London, 8. Februar. König Georg hat am Montag im Parlament die Thronrede gehalten, in welcher er insbesondere den Washingtoner Vertrag besprach und erklärte, daß er dessen Ratifizierung erwarte. Zu den Entschuldigungsstragen sagte der König, daß die Verbündeten dieser Angelegenheit ihre ständige Aufmerksamkeit zu gewähren, um zu verstehen, wie man die Aufgabe am besten zu bewältigen vermöge. Zwischen den englischen, französischen und belgischen Regierungen finden Verhandlungen über eine gemeinsame Aktion für den Fall eines nicht vorbereiteten Angriffs seitens Deutschlands statt. Es wird berichtet, daß die Thronrede den Eindruck hervorgerufen habe, daß an eine frühe Auflösung des Parlaments nichts zu denken sei.

London, 8. Februar. Die Nachrichten der Thronrede des Königs Georg, die er während der Eröffnung des Parlaments hieß. Das einzige Mittel, welches die traurige internationale Lage retten kann, ist die Dämpfung der allgemeinen Ereignis und der Nebenbuhlerlichkeit, die gegenwärtig herrscht. Es ist außerordentlich notwendig, die Beziehungen zu verbessern unter denen sich der Handel der gesamten Welt entwickelt. Wir begrüßen mit außerordentlicher Freude die Vorbereitungen zur internationalen Konferenz in Genua und sind tief davon überzeugt, daß es möglich sein wird, den Friedensvertrag auf gesunden Grundlagen zu schaffen. Diese Konferenz soll sich mit den finanziellen und wirtschaftlichen Angelegenheiten Europas befaßten.

### Garantievertrag und Militärbündnis.

London, 7. Februar. Der politische Redakteur des "Daily Chronicle" veröffentlicht einen Artikel, in welchem er den in Cannes durch Lloyd George dem französischen Ministerpräsidenten überreichten Entwurf des Garantievertrages mit dem Projekt des Militärbündnisses vergleicht, das Frankreich von Großbritannien fordert. Das Blatt schreibt: Ebenso wie der Weltkrieg nicht an den Grenzen Frankreichs entstanden ist, sondern in Serbien, so kann auch jetzt in Mittel- oder Osteuropa ein neuer Weltkrieg entstehen. Dasselbe Blatt überlegt, wie im gegebenen Falle die Hilfe Frankreichs für die Verbündeten zum Ausdruck kommen würde, ob durch einen Einfall in Deutschland oder durch einen Transport französischer Truppen nach Polen und nach der Tschechoslowakei oder schließlich dadurch, daß man die Türkei auf Rückzug bringt, falls dieses mit Deutschland zusammengeht. Es steht noch nicht fest, wie sich unter solchen Umständen England verhalten wird, ob es Frankreich zur Seite steht oder nicht. Das wird davon abhängen, ob die französische Politik sich als aggressiv erweist, oder ob Frankreich wirklich bedroht ist.

### Lloyd George über den Garantievertrag.

London, 8. Februar. Bei der Besprechung des englisch-französischen Vertrages im Unterhaus erklärte Lloyd George, daß Frankreich zeigen müsse, daß es nicht isoliert stehne und nicht allein auf sich angewiesen sei. Es gibt keine größere Gefahr, so sagte Lloyd George, als diese Befürchtung, welche das

französische Volk hat. Anstatt dieses Volk mit Vertrauen zu umgeben, bringen wir Frankreich Misstrauen entgegen. Wenn Sie bedenken, so sagte der Ministerpräsident, daß es sich hier um eine Befürchtung handelt, deren berechtigte Grundlage die dreimalige Verlustung Frankreichs im Laufe eines Jahrhunderts ist, so werden Sie verstehen, daß diese Befürchtung ihre Wurzel im Herzen der Franzosen hat, und daß sie mit Notwendigkeit das Urteil ihrer Staatsmänner beeinflussen müsse. So müßten wir auch Frankreich sagen, daß, wenn die Vorgänge von 1814, 1870 und 1914 sich ohne Provokation seitens Frankreichs wiederholen sollten, sich Großbritannien mit allen seinen Kräften an Frankreichs Seite befinden wird, um ihm Hilfe gegen seinen Angreifer zu erteilen. Befürchtungen dieser Art werden zur Befragung des französischen Vertrauens beitragen. Die wirkliche Gefahr für Europa ist jene, daß die deutsche Jugend unter der Lofung einer Nebenhandlung ergreifen wird, in der Absicht, Deutschlands früheres Übergewicht und Ansehen wiederherzustellen, und daß der Gedanke obliegt, die Sieger für die früheren Niederlagen, die Deutschland begegneten würden, um in möglichst vollkommenem Weise den deutschen Nationalstolz zu brechen, zu bestrafen. Und dies ist —

— so sagt Lloyd George mit starker Stimme — eine der größten Gefahren, welche Europa für die Zukunft ausgeübt werden kann. Man muß also den Deutschen zu verstehen geben, daß eine solche Politik des Vergeltungskrieges für Deutschland eine Politik des Todes sei, und daß im Falle eines solchen Krieges Deutschland nicht nur Frankreich, sondern auch andere Völker gegen sich haben würde. Der zweite Beweis zugunsten des Abschlusses des französisch-englischen Garantievertrages ist der, daß wir in Versailles die Pflicht übernommen, Frankreich für die Verpflichtung der Ausdehnungspolitik nach dem Rheine hin, Erfah zu geben. Da Wilson und Balfour Frankreich die gewünschten Garantien erteilt haben, verzichtete Frankreich auf diese Ausdehnungspolitik. Sie sind also gegenüber Frankreich ehrenwürdig verpflichtet.

### Griechenland und Bulgarien mobilisieren.

Rom, 7. Februar. Die "Tribuna" meldet aus Athen, daß Griechenland und Bulgarien gegeneinander die Mobilisierung angeordnet haben. Bulgarische Truppen greifen griechische Banden an und vernichten die Brücken in Thrakien.

### Versöhnungswille des neuen Papstes.

Aus Rom meldet W. T. B.: Um 12 Uhr trat der neu gewählte Papst auf den äußeren Altan der Basilika der St. Peters Kathedrale zur Erteilung des Segens. Das Volk, das trotz des Regens in großer Zahl auf dem St. Peters Platz sich eingefunden hatte, empfing den neu gewählten Papst mit unendlichen Beifällen und wünschte ihm zu. Die in Reih und Glied marschierten italienischen Truppen präsentierten das Gewehr. Um 12 Uhr 47 erzielte der Papst der Menge zum zweiten Male seinen Segen und zog sich zurück. Die Soden von St. Peter und aller übrigen Kirchen Roms läuteten. Fürst Chigi, der Konskлавmarschall, machte der Agentur Stefani folgende Mitteilung:

"Seine Heiligkeit der Papst Pius XI. hat, unbedacht aller Vorbehale zugunsten der unverzerrbaren Wahrheit der Kirche und des Heiligen Stuhles, die zu behaupten und zu verteidigen er beschworenen ersten Segen vom äußeren Balkon auf dem St. Peters Platz erseilt in der Absicht, daß dieser Segen nicht allein den auf dem St. Peters Platz Anwesenden, nicht allein der Stadt Rom und Italiens, zuteil werde, sondern allen Nationen und allen Völkern, und daß er der ganzen Welt den Wunsch und die Wisschaft der allgemeinen Befriedung überbringe, die wir alle so heiß ersehnen."

Rom, 8. Februar. (Tel.-U.) Man legt das Erscheinen des neuen Papstes nach seiner Wahl auf der großen äußeren Balkonloggia der Peterskirche sehr günstig aus und glaubt, daß er dadurch seinen großmütigen Versöhnungswillen Ausdruck hat geben wollen. Bekanntlich zeigten sich die neu gewählten Päpste seit dem Konklav des Heiligen Stuhles mit Italien, seit 1870, nur in der inneren Loggia.

### Politische Tagesneuigkeiten.

Regierungskrise in Österreich. Das Kabinett Schöber sieht vor einer neuen Krise. Der Finanzminister Gurtler von der christlich-sozialen Partei ist bereits fallen gelassen worden. Die von ihm eingebrachten Steuervorlagen werden im Finanzausschuß nicht mehr verhandelt werden.

Die ukrainisch-tschechoslowakischen Handelsbeziehungen. Der Vorsitzende des Rates der ukrainischen Volkskommissare Kawaljow wird sich, Warschauer Blättermeldungen folge, Mitte Februar nach Prag begeben zur Antrittsparty von Verhandlungen, die zum Abschluß eines Handelsvertrages zwischen der Sowjet-Ukraine und der Tschechoslowakei führen sollen.

Die Note der Republik des Fernen Ostens an China. Die Regierung der Republik des Fernen Ostens protestiert in einer Note an China energisch gegen chinesische Truppenansammlungen, die zu Einsätzen in das Gebiet der Republik des Fernen Ostens dienen, und weist darauf hin, daß die Formierung militärischer Abteilungen dazu beitragen könnte, die freundlichen Beziehungen der beiden Mächte zu einander zu trüben.

Trotzdem eilte sie weiter. Aber nun setzte der Gewittersturm mit aller Macht ein. Als Marei atemholend stehen blieb, merkte sie, daß Kaltreut und der Brintnerhof schon weit hinter ihr lagen.

Zu beiden Seiten der Straße lagen abgerissene Felder, auf denen Kornfelder standen. Weit und breit kein Haus. Da packte sie plötzlich Grausen. Wenn er in meinem der Kornschöber stecke und sie beobachte und erriet, warum sie ihm folgte — er war doch der Mörder und sie hier allein —!

Von Angst gejagt, machte sie kehrt und lief zurück. Als sie den Hof erreichte, schlugen ihr schwere Tropfen ins Gesicht.iemlos taumelte sie an die Hausmauer. Da fingen sie zwei Arme auf, und Basils Stimme sagte bellkomm: "Gottlob, Marei — überall haben wir Dich gesucht! Wo kommst Du denn her von da draußen?"

Sie sah ihn mit verstörtem Blick an.

"Ich war... ich habe..." Dann schwieg sie.

"Nein! Kein Mensch durfte um die schreckliche Begegnung wissen. Aber suchen mußte sie nun in aller Stille und Heimlichkeit... ein Merkmal hatte sie... — den roten Siegelsring — und immer würde kein Gewittersturm ihm zu Hilfe kommen...."

### XXI.

Zwei Tage später wurde das Urteil im Prozeß Brintner gefällt. Es entsprach in seinem merkwürdigen Mißverhältnis zwischen Schuldpruch und Strafmaß der vorherrschenden Stimmung aller Geschworenen.

Sie hatten sich weder von der Schuld noch der Unschuld der drei Mitschuldigen des Knochen-Lipp überzeugen können. Dagegen sahen sie seine Schuld durch die bei ihm vorgefundenen Gegenstände aus dem Besitz des Ermordeten als erwiesen an.

Das Urteil über ihn lautete einstimmig auf schuldig. Von der Todesstrafe wurde abgesehen, da man für wahrscheinlich hielt, daß er die Tat nicht aus eigenem Antrieb, sondern in

## Über die Zulassung der Danina im Handel und in der Industrie.

Das Teilstaatsministerium (Selbstverwaltungsausschuss) teilt mit: Handels- und Industrieunternehmungen, deren Besitzer physische Personen sind, bezahlen die Danina in der Höhe, welche grundsätzlich durch Multiplikation der Gewerbe-, Schiffs- und Hafenterhöhung im Jahre 1920 berechnet wird. Der Gesetzgeber hat deshalb die Steuersätze des Jahres 1920 als Grundlage für die Berechnung der Danina genommen, weil zur Zeit, wo das Gesetz gemacht wurde, für das Jahr 1921 noch nicht überall die Handels- und Industrieunternehmen bemessen waren.

Während der Beratungen im Finanz- und Haushaltsausschuss stieß auf besondere Schwierigkeiten die Festsetzung solcher Multiplikatoren, die eine gleichmäßige Belastung des Handels und der Industrie in den einzelnen drei Teilstaaten sicherstellen, obwohl die Maßstäbe verschieden sind. Da es im ehemals russischen Teilstaat aus verschiedenen Gründen nur möglich war, die Höhe der Danina nach den absoluten Sätzen der Patentsteuer zu berechnen und dieses Teilstaat die größte Steuerlast tragen soll, konnte die Festsetzung der Multiplikatoren für die übrigen Teilstaaten nur durch Anpassung der in diesen geltenden Steuersätze an die Sätze der Patentsteuer und unter Berücksichtigung der für diese Steuer festgesetzten Multiplikatoren geschehen.

Die Patentsteuer wird nach den äußeren Bezeichnungen der Unternehmungen bemessen. Aber aus diesen Bezeichnungen soll in jedem einzelnen Falle die betreffende Höhe der Einnahmen der Unternehmungen hervorgehen, welche das russische Gesetz über die Industrieunternehmen, falls es sich um Handelsunternehmungen, in 5, falls um Industrieunternehmungen, in 7 Kategorien einstellt. Die Höhe des voraussichtlichen Gewinns, welche unter Berücksichtigung der äußeren Kennzeichen über die Beteiligung der Unternehmungen zu den einzelnen Kategorien bestimmten soll, geht aus dem Zusatz zu dem Art. 448 des erwähnten Gesetzes hervor, was auch ihre Motive bestätigen.

Da die Patentsteuer im Sinne der Bestimmungen dieses Zusatzes 2½ Prozent des Gewinnes beträgt, jedoch im Jahre 1920 für Handelsunternehmungen um das Fünfzehnfache und für Industrieunternehmungen um das Achtzehnfache erhöht worden ist, da ferner die Gewerbesteuer im ehemals preußischen Teilstaat, grundsätzlich 1 Prozent der Einnahmen betragt, nach dem Kriege unverändert blieb, war es auf diesem Wege möglich, bei Berücksichtigung des finanziellen Effekts der Steuern in den Jahren 1918 und 1920 und der Multiplikatoren, die für die Abgabe gemäß der Patentsteuer festgesetzt wurden, die Höhe der Multiplikatoren für die preußische Gewerbesteuer ziemlich genau zu berechnen, welche im allgemeinen eine gleichmäßige Belastung des Handels und der Industrie sowohl im preußischen als auch im ehemals russischen Teilstaat sicherstellte. Mit Rücksicht darauf, daß auf Grund der Patentsteuer die höchste Abgabesumme 1500000 M. beträgt, während sie bei Anpassung an die entsprechenden Multiplikatoren in einzelnen Fällen über 50 Millionen Mark betragen würde, war die Beschränkung der Abgabebelastung bis zur angegebenen Summe auch im ehemals preußischen Teilstaat notwendig, was auch der Vertreter dieses Teilstaates von der in der Schmelzmission repräsentierten Regierung energisch forderte.

Die Heranziehung von Unternehmungen im ehemals preußischen Teilstaat zur Zahlung der Abgabe gemäß der Schmelzsteuer und der Steuer für Hafenterhalt muß dadurch gerechtfertigt werden, daß das russische Gesetz den Ausfuhr ausnahmsweise zu den höchsten Kategorien der Patentsteuer rechnet, und zur 5. Kategorie den Hafenterhalt, welcher im ehemals preußischen Teilstaat durch ein besonderes Gesetz besteuert wird.

Die Multiplikatoren der Industrie- und Handelssteuern für das Jahr 1920 feststellend, konnte sich der Finanz- und Haushaltsschaff auf fertige Bemessungen und auf die nach ihnen verfestigten und der Kommission vorgelegten Steuerlisten stützen, auch wenn es sich um das preußische Teilstaat handelt. Die Bemessung der Abgabe für Zahler der Gewerbesteuer vom Jahre 1920 ist ebenfalls so ausgefallen, daß sie von seiten der Zahler im allgemeinen keine Opposition herbringt.

Die Multiplikatoren der Industrie- und Handelssteuern für das Jahr 1920 feststellend, konnte sich der Finanz- und Haushaltsschaff auf fertige Bemessungen und auf die nach ihnen verfestigten und der Kommission vorgelegten Steuerlisten stützen, auch wenn es sich um das preußische Teilstaat handelt. Die Bemessung der Abgabe für Zahler der Gewerbesteuer vom Jahre 1920 ist ebenfalls so ausgefallen, daß sie von seiten der Zahler im allgemeinen keine Opposition herbringt.

Auf die größten Schwierigkeiten stieß man jedoch bei der Festsetzung der Multiplikatoren für die Zahler der Gewerbesteuer vom Jahre 1921. Da die Bemessung dieser Steuer im Augenblick der Annahme des Daninagegesetzes noch nicht durchgeführt war, konnte sich der Finanz- und Haushaltsschaff nur auf deren vermutliche Ergebnisse stützen. Sie ist dabei von dem Ausgleich der voraussichtlichen durchschnittlichen Höhe der Gewinne aus Unternehmungen im Jahre 1921 mit den Gewinnen im Jahre 1920 ausgegangen. Die Berechnungen schwanken zwischen 5 und 10, d. h. daß die Gewinne im Jahre 1921 in bezug auf die im Jahre 1920 nominal im allgemeinen fünf bis zehnmal so hoch geschätzt wurden. Damit der Staatschaf seineswegs Verluste erleiden sollte, wurde als Durchschnittsnorm das Sechsfache der Gewinne im Jahre 1921 angenommen. Im Gesetz ist das auf die Weise zum Ausdruck gekommen, daß für die Zahler der Gewerbesteuer Multiplikatoren in Höhe des 6. Teiles derjenigen festgesetzt wurden, welche für das Jahr 1920 galten.

Mit Rücksicht darauf, daß sich auch bei Anwendung von niedrigeren Multiplikatoren die Abgabebelastung in manchen Fällen als zu

Gemeinschaft oder im Amtsraum anderer vollbracht hätte. Er wurde zu lebenslanger Zuchthausstrafe verurteilt und nahm das Urteil ohne sonderliche Bemerkung hin. Bezuglich der Annullation wurde die Haftstrafe auf Mord und die Eventualstrafe auf bestellten Mord unter tätiger Minirikuna verneint, die zweite Eventualstrafe auf entfernte Mordtäfel dogegen bejaht. Auf Grund dieses Verdictes wurde Justina zu zwölf Jahren, Andres Brintner und Konrad Fercher zu je neun Jahren schweren Kerkers verurteilt. Ihre Verteidiger meldeten sogleich die Nichtigkeitsbeschwerde an.

Andres nahm das Urteil gleichzeitig hin wie alles, was die Verhandlungstage gebracht hatten. Fercher war bleich wie der Tod, preßte die Lippen zusammen und landete einen langen, schmerzlichen Blick nach dem Fenster, als neinte er so Abschied von Licht und Freiheit und dem Leben überhaupt. Nr. Justina sah mit einem Schreie empor, brach in Tränen aus und sah den Vorsitzenden wie irrsinnig an.

"Nein! Ich gehe nicht in den Kerker! Ich bin unschuldig," stammelte sie immer wieder.

Man mußte sie schließlich mit Gewalt aus dem Saal führen. Sie war völlig gebrochen.

Nachdem das Publikum sich entfernt hatte, sandt sich in einem Winkel noch eine kleine Gruppe bleicher Menschen die wie vernichtet eine bitterlich weinende Frau umgaben. Es war Basil, Toni, Marei, die sich nicht hatte nehmen lassen, der Schlussverhandlung im Verborgenen beiwohnen. Die weinende Frau in ihrer Mitte war Milly Glöckl.

Zwölf Jahre — neun Jahre! Lähmend und eisig hatten sich die Worte auf diese vier Menschen niedergelegt.

Und doch — Basil atmete tief auf — es war nicht der Tod, dessen schwarzer Fächer mehr als einmal während dieer Tage drohend über den Kopfen der Angeklagten hingestrichen war.

Es bedeutete — Zeit.  
Wortsetzung folgt.

# Posener Tageblatt

eröß erweisen könnte, hat der Finanz- und Haushaltsausschuss eine Bestimmung getroffen, welche besagt, daß bei einer Berufung von Wahlern gegen die Berechnung der Danina die Finanzkammer die Richtigkeit der Berechnung nicht nur in technischer Beziehung, sondern auch in bezug auf die Grundlage der Berechnung prüfen muß. Falls die Berechnung der Steuer, auf die sich die Berechnung der Abgabe stützt nicht richtig geschah, muß als Grundlage für die Berechnung der Danina die Höhe der wirklich auftreffenden Steuer, d. h. einer niedrigeren, angenommen werden. Im Sinne der deutschen Grundäste des Finanz- und Haushaltsausschusses muß festgestellt werden, daß unter dem Begriff der Rechtmäßigkeit der Berechnung der Danina im weitesten Sinne des Wortes jegliche Umstände fallen, welche vom Standpunkt einer gerechten Belohnung der Einzelgruppen sowie von Gesichtspunkte einer aus allgemein wirtschaftlichen gesellschaftlichen und nationalen Rückichten angenommenen Überlastung des Handels und der Industrie in Rechnung genommen werden müssen.

(Schluß folgt.)

## Republik Polen.

Die deutsche Sejmaktion beschloß den Ausschluß des Staats. Dieses aus der Aktion, weil dieser nur noch in vereinzelten Fällen an den Sitzen der Krone und an den Sitzungen teilnimmt und eine politische Tätigkeit ausübt, für die die Krone eine Verantwortung nicht übernehmen kann.

Die Liquidierung des Teilgebietministeriums aufgeschoben. Nach einer Meutung der *Mieczyslaw* soll dann den Versammlungen des Bioministers Wachowiai die Liquidierung des Ministeriums für das ehemals preußische Teilgebiet eine weitere Verzögerung erwarten. Dagegen soll das Departement der Arbeit und der öffentlichen Fürsorge bei diesem Ministerium Mitte März liquidiert werden.

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Polen. 9. Februar.

### Stadtverordnetensitzung.

Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher Wybierski eröffnete die Sitzung um 6½ Uhr und widmete der Papstwahl folgende Worte:

Seit unserer letzten Sitzung ist ein bedeutendes Ereignis im Weltgeschehen eingetreten; ich meine die Wahl des Kardinals Piaty zum Papste. Ich hege die Hoffnung, daß er wie sein ruhmreicher Vorgänger Polen mit Sorgfalt und Liebe umgeben wird. Im Einvernehmen mit dem Magistrat haben wir beschlossen, ein Glückwunschausdruck an den Heiligen Vater abzusenden, dessen Text vom Magistrat festgelegt werden wird.

Darauf verlas der Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Einladungen zu verschiedenen Feierlichkeiten und eine Abschrift des Schreibens, das die Überlieferung des Kleiderungsamtes in ein anderes Teilgebiet behandelt. Der Magistrat nimmt in dem Schreiben denselben Standpunkt ein, den er in den letzten Sitzungen vertreten hat. Weiter verlas der Stadtverordnetenvorsteher eine Einladung des Direktors der städtischen Gaswerke an die Versammlung zu einer Besichtigung der Gaswerke am Sonntag vormittag 10½ Uhr. Trotz des Einspruchs mehrerer Stadtverordneten, die sich dabei auf die kalte Witterung beriefen, wurde diese Einladung von der Versammlung angenommen.

Der Stadtverordnete Skuczynski regte darauf die Absendung eines Telegramms an den Sejm in Wilna an; er zweifelt nicht, daß die Wilnaer Frage zugunsten Polens geregelt werden wird. Die Absendung des Telegramms wurde beschlossen. Darauf trat man in die Beratung der Tagesordnung ein.

Zunächst erfolgte die Berichtigung über die Tätigkeit der Stadtverordnetenversammlung im Jahre 1921. Der stellv. Stadtverordnetenvorsteher stellte fest, daß im vergangenen Jahre 15 Entschließungen gefasst wurden und 86 Plenarsitzungen stattgefunden haben.

Daran schlossen sich verschiedene Wahlen, und zwar solche von Armenräten, eines Schiedsrichters für den 11. Bezirk, von Mitgliedern zum Sparkassenrat und von 8 Ausschüssenmitgliedern für die Tilgung der städtischen Schulden.

Gegen die Einführung des Tabakmonopols.

Die Festlegung eines Standpunktes gegenüber der beabsichtigten Einführung des Tabakmonopols wurde darauf besprochen. In langen, teilweise allzu langen Ausführungen äußerten hier die Vertreter der verschiedenen Parteien die Ansichten ihrer Klubs.

Stadt. Maciejewski nannte das Monopol eine neue Belastung der Bürgerschaft und wies auf die Gefahren der ohnehin schon großen Arbeitslosigkeit hin, die sich nach Einführung des Monopols noch verstärken würde, da die Schließung der Tabakläden Entlassung des Personals nach sich ziehen würde. Der Magistrat habe deshalb beschlossen, sich gegen die Einführung des Monopols zu erklären und eine dahingehende Entschließung zu fassen. Die Tabakindustrie beschäftigt hier in 38 Fabriken 5880 Arbeiter, die man doch nicht auf die Straße setzen könne. Redner empfahl die Annahme der Entschließung ohne Widerspruch.

Stadt. Leitgeber: Meiner Ansicht nach ist es gut, daß diese Angelegenheit hier behandelt wird. Ich habe den Auftrag, im Namen meiner Partei, des Bürgerlichen Klubs, ebenfalls gegen die Einführung des Monopols zu protestieren. Der Redner verliest einen entsprechenden Antrag. In Polen allein gibt es 140 Tabakgeschäfte und außerdem viele andere Läden, die mit Tabakfabrikaten handeln. Was soll mit diesen Leuten werden, wenn man ihre Läden schließt? Die Stadt würde bei Einführung des Monopols proletarisiert werden. Im übrigen würde unsere Stadt hierin keine Ausnahme machen.

Stadt. Gissak (Nat. Arbeiterpartei) bemerkte u. a.: Am besten wäre es doch, wenn der polnische Staat die Privatfabriken aufkaufen würde. (Zurufe von der Rechten: Wofür? Gissak: Nun, Sie werden doch die Danina zahlen. Der Staat ist imstande, die Fabriken, wenn auch nicht mit einem Male, zu bezahlen. Wir sind doch alle Staatsbürger und mühten bestreit sein, zur Hebung des Staates alles zu tun. Im übrigen liegt die Entscheidung über das Monopol in den Händen des Sejms. Unser Klub ist für die Einführung des Monopols.

Stadt. Budzynski: Unser Klub ist gegen das Monopol. Warum haben denn die reichsten Staaten, England und Amerika, keine Monopole? Ja, Amerika hat sogar Privatbahnen. Neden erinnert an das Tabakmonopol in Österreich und an die Armut Galiziens, welche die Sachsenberger zwang, alljährlich nach Deutschland zu flüchten.

Stadt. Maciejewski widerlegt die statistischen Angaben Gissaks.

Stadt. Topolski: Ich wundere mich, daß wir bereits seit einer Stunde über das Monopol verhandeln und Reden halten, die gegenwärtig nicht am Platze sind. Wenn der Sejm den Antrag eingebracht hat, so wird er auch die Bestimmung über ihn treffen. Eine Fortsetzung der Aussprache erachte ich für zwecklos.

Stadt. Dr. Paszkowski ist entgegengelehrter Ansicht als der Vorredner und sagt, daß das Wohl des Landes vom Wohl der Städte abhänge. Man muß einen gewissen städtischen Exports haben, und wir sind hier, um diesem Exportmus Ausdruck zu geben. Ob Monopole Vorteile bringen, ist schwer zu sagen, und andere, kleinere Vorteile, als wir, haben sich schon mit dem Nutzen oder Schaden der Monopole befaßt. Noch eines möchte ich hier bemerken: Wir sind Posener und kennen unsere Stadt; wie würde diese nach der Einführung des Monopols aussehen? Statt der Tabakläden lauter Beamtenhäuser!

Darauf wurde eine Entschließung angenommen, die sich gegen die Einführung des Tabakmonopols aus-

spricht, und die Absendung einer Delegation aus drei Personen nach Warschau beschlossen, welche die Entschließung dem Minister vorlegen soll.

### Stadt. Dr. Paszkowski ging dann zur Besprechung der Wahlproteste

über, von denen drei eingelaufen sind. Die Ausführungen des Berichterstatters bewegten sich ausschließlich in juristischem Rahmen, fanden aber das lebhafteste Interesse fast der gesamten Versammlung. Vorausgesetzt werden muß, daß alle drei Proteste vom Rechtsausschuß verworfen würden. Die längste Aussprache entfachte der Widerspruch der N. P. R. (Nationalen Arbeiterpartei) gegen die Gültigkeit der letzten Wahlen zu Stadtverordnetenversammlung. Der Protest wurde zu einer kleinen Auseinandersetzung zwischen den Stadt. Dr. Paszkowski, Dr. Stark, Gissak und anderen. Der Rechtsausschuß hatte nämlich den Einspruch der N. P. R. verworfen, weil nach dem Wahlrecht keine Partei, sondern nur einzelne Bürger gegen die Wahlen protestieren dürfen. Hier aber handelte es sich ausdrücklich um einen Protest der N. P. R., der von drei Mitgliedern dieser Partei unterzeichnet war. Der Rechtsausschuß kam zu dem Schluß, daß der Protest wegen Mangels einer materiellen Legitimation unzulässig sei und daher verworfen werden müsse. Das Wahlrecht ist ein rein persönliches Recht und kann ähnlich wie der Militärdienst nicht von andern vertreten werden. Die kürzeste Ablehnung erfuhr der Protest der Deutschen Partei gegen die Gültigkeit der Wahlen; dieser wurde debattierlos verworfen.

Die Gültigkeit der Wahlen wurde darauf von der Mehrheit bestätigt.

Die Sitzung wurde gegen 10 Uhr geschlossen. △

### Festsetzung der Landarbeiteröhne.

Der Arbeitgeberverband für die Landwirtschaft teilt uns mit, daß das Urteil des Oberlandesgerichts ihm nunmehr zugestellt werden ist. Es bestätigt den Schiedsgerichtsurteil vom 10. Januar 1922. Die Oehne, die das Schiedsgericht festgesetzt hat, sind folgende:

#### I. Debitanten:

- a) Knecht (recznik) 3025 M. das Vierteljahr,
- b) Kerkelknecht . . . . . 3575
- c) Röte . . . . . 4125
- d) Handwerker . . . . . 4675

#### II. Schärfwerker:

- 1. Kategorie 69 M. Tagelohn,
- 2. . . . . 102
- 3. . . . . 139
- 4. . . . . 198

#### III. Hänsler: 47250 M. Tagelohn.

#### IV. Saisonarbeiter:

##### a) auswärtige:

S (a) Arbeiter über 21 Jahre, welche zu jeder Mannesarbeit fähig sind 47250 M. Tagelohn.

S (b) Burichen von 18—21 Jahren, die zu jeder Mannesarbeit fähig sind 170 M.

S (c) für alle Mädchen und Burichen über 16 Jahre 139 M. Tagelohn;

##### b) örtliche:

S (b) für Männer über 21 Jahre, welche zu jeder Mannesarbeit fähig sind 501 M. Tagelohn.

S (b) für Burichen von 18—21 Jahren, welche zu jeder Mannesarbeit fähig sind 195 M.

S (d) für alle Mädchen und Burichen über 16 Jahre 143 M. Tagelohn.

#### V. für Mieten:

- a) Mädchen 300 M. monatlich und 0,60 M. Tantieme pro Liter Milch.
- b) Frauen 600 M. monatlich und 0,60 M. Tantieme pro Liter Milch.

#### VI. Frauenstundenlohn: 24 M.

### 2. Quittung.

Für die Wolgadeutschehilfe gingen ferner bei uns ein:

R. S. . . . .	2 000 M.
B. S. . . . .	500
Ungenannt . . . . .	1 200
Gen. Posen . . . . .	1 000
Jan. P. Posen . . . . .	100
M. Gr. Posen . . . . .	800
Stadt. Kult.-Ring. Posen . . . . .	2 000
(Derleiße 1 Anzug).	
G. D. . . . .	500
G. W. Posen . . . . .	5 000
Albert Birner . . . . .	1 000
Deutschlandsbund (Düssigrupe Lubewitz) Sammlung beim Fest vom 8. Februar er. . . . .	28 000
B. S. . . . .	1 000
Betrag der 1. Quittung . . . . .	42 600 M.
Zusammen . . . . .	72 600 M.

## Wer hilft weiter?

# Der nächste Auszugszug. Der deutsche Fürsorgekommissar bittet uns, folgendes mitzutragen: Der Auswanderer fährt am Montag, dem 13. Februar d. J., früh 5.20 ab Posen und beordert die beiden Transporte vom 9. und 10. Februar. Die Auswanderer werden gebeten, zwecks evtl. Fahrerlängerung sofort zum Deutschen Fürsorgekommissariat zu gehen und sich dort anzumelden. Das Verladen der Möbel hat sofort zu erfolgen. Güterwagen können von der Fürsorge angfordert werden.

# Deutscher Tag in Breslau. Im Hotel Goerke in Breslau findet am Sonntag, dem 12. d. Mts., ein Deutscher Tag statt, woran wir unsere Freier aus dem Kreise Breslau besonders hinstellen möchten. Näheres ist aus dem Anzeigentitel dieser Nummer zu erkennen. Kartenverkauf zu den Veranstaltungen findet im Konzum zu Breslau statt.

# Die Bedingungen für die Überstellung aus Polen nach Danzig. Der deutsche Fürsorgekommissar vom Roten Kreuz in Danzig teilt mit: „Alle aus dem Gebiet der Wojewodschaften Posen und Pommerellen in das Gebiet der freien Stadt Danzig verreichenden Auswanderer die beim deutschen Fürsorgekommissar vom Roten Kreuz in Danzig um Gewährung von Flüchtlingsatriege vorstellig werden haben ihrem Geschäft einen Fürsorgeberechtigungsschein beizufügen. Zuständig für die Ausstellung des Fürsorgeberechtigungsscheins ist für Auswanderer aus der Wojewodschaft Posen (außer den Kreisen Bromberg, Stettin, Glogau, Breslau und Bautzen) der Deutsche Fürsorgekommissar in Posen, Alte Chopina 8a (fr. Kirchbachallee), für Auswanderer aus den Wojewodschaften Pommerellen und den Kreisen Stettin, Glogau, Breslau und Bautzen der Deutsche Fürsorgekommissar in Breslau, Nowy Mysiel 9. Anträge, denen der Fürsorgeberechtigungsschein nicht beilegt, werden nicht entgegengenommen. Die Diensträume des Deutschen Fürsorgekommissars in Danzig befinden sich Neugasse 11, 4. Etage.“

# Der Deutsche Naturwissenschaftliche Verein für Großpolen hält Dienstag, den 7. d. Mts., im Anthoni-Below'schen Lyzeum seine Jahres-Hauptversammlung ab. Der Vorsitzende, Handels- und chemischer Hammer, erstattete den Jahresbericht. Im Mai v. J.

wurde der Verein, früher eine Abteilung der Deutschen Gesellschaft für Kunst und Wissenschaft, mit den veränderten Verhältnissen angepaßte Sitzungen wieder ins Leben gerufen. Er tritt mit 55 Mitgliedern ins neue Vereinsjahr ein. Der Verein hat

für die Volksbücher Vorträge des Ausschusses zur Pflege deutscher Geisteslebens laufende Vortrags- und Einzelvorträge einiger Mitglieder zur Verfügung gestellt und im Sommer botanisch-zoologische Ausflüge, ferner eine Besichtigung industrieller Anlagen in Lublin und eine Führung durch die naturwissenschaftlichen Sammlungen des Großpolnischen Museums veranstaltet. Für die Monatsversammlungen mußte der Appell an die Versammlung gerichtet werden, daß Meldungen für Vorträge noch rege eingehen möchten, damit nicht Sitzungen wegen Fehlens eines Vortrages ausfallen müssen. Die Bücherei des Vereins ist unter Wahrung seines Eigentumsrechtes in die Deutsche Bücherei aufgenommen worden. Die Neubelebung des Vereins ist das Werk des Vorsitzenden, dem von einem Mitgliede in warmen Worten der Dank für seine eifrige und treue Arbeit ausgesprochen wurde. — Nach Erstattung des Jahresberichts und Vornahme einiger kleiner Sitzungsänderungen und der sogenannten Wahl hielt Lehrer S. Nomadaki, als Bienenzucht hochverdient, den angelündigten Vortragsvortrag über das Leben der Bienen. Der Vortragende ging auf Bienen und Körperbau der Biene, ihr Leben und ihre Arbeit im Bienenstaat, sowie auf den Betriebserfolg jetzt und in der Vergangenheit ein. Gute Bilder unterstützten die Ausführungen, die von gründlicher Sachkenntnis und warmer Liebe zur Sache zeugten und eine rege Aussprache auslösten. Mit Rücksicht auf die vorgerückte Zeit wurde der gleichfalls angetändigte Vortrag von Studienrat Sieler über die Ameisen auf die nächste Sitzung verschoben. ▲

# Hohen-Konzert. Der besonders als Beethovenspieler bekannt gewordene Violinist Alfred Höhn gibt am nächsten Dienstag, dem 14. Februar, ein Konzert im Evangelischen Vereinshaus. Er spielt an diesem Abend Werke von Bach, Beethoven, Chopin, Debussy, Liszt und Scott. Der Kartenvorverkauf findet in der Zigarettenhandlung von W. Gorst (Hotel Monopol) statt.

# Sontoy, Mr. Neumann, 8. Februar. Im hiesigen Jungfrauenvereine, zu dem sich auch eine Anzahl Besitzerfrauen gesellt hatten, hielt am letzten Sonntag Schweizer Anna Kleinert aus Posen einen Vortrag über Diakonissenarbeit und Spinnstube. Die Vortragende führte u. a. folgendes aus: Diakonissenarbeit sei nicht nur Krankenpflege, obwohl diese der Hauptzweig der Schweizeritätigkeit sei. Die Schwestern müßten auch auf allen andern Gebieten der Haus- und Handarbeiten gründlich vorbereitet werden, um später in den kleineren Krankenhäusern und besonders als Gemeindeschwestern ihrer Aufgabe ganz und voll gewachsen zu sein. Im Geiste wurde nun ein Rundgang durch die Räume der Unterwerk des Neuen Diakonissenhauses unternommen und die dort untergebrachten Arbeitsfelder mit ihren Aufgaben und Röten ernst und doch humorvoll beleuchtet. Damit die Schwestern auf der Oberwelt ihre Kranken gut versorgen können, müssen sie in der Unterwelt, gleichsam hinter den Kulissen arbeitenden Schwestern und deren Gehilfinnen treu auf ihrem Posten stehen, das könnten dauern aber auch nur die in rechter Art, die auch diesen Dienst als Heilandsdienst ansäßen. Über den neuesten Arbeitskreis, die Spinnstube, berichtete die Vortragende kurz, wie sie auf den Gedanken gekommen und nun so froh und glücklich sei, ihrem Mutterhaus durch diese Arbeit noch nützen zu können. Sie hoffe auch, daß Material dazu durch gute Menschen freundlichst stellt zu erhalten. Einige Gedichte in schlesischer Mundart von Holten und der Gräfin Waldersee machten den Schluss, und die Zuhörer gingen sehr befreit auseinander.

# Eisgang im Danziger Hafen. Schon am Sonntag vormittag ist im Danziger Hafen Eisgang eingetreten, infolgedessen ließen verschreckte Schiffe mit Verzögerung in den Hafen ein. Eisbrecher bereiteten zwar das Hindernis, aber die Eisfahnen ins Meer hinausschwammen und die ankommenden Schiffe bedrohen.

# Ein Zug durch eine Schneelawine verschüttet. Aus Tokio wird gemeldet, daß auf dem Bahnhof Tabora ein dort stehen gebliebener Zug von einer Schneelawine verdeckt worden ist. 100 Personen haben den Tod gefunden, außerdem sind sehr viele Verwundungen festgestellt worden.

### Neues vom Tage.

# Eisgang im Danziger Hafen. Schon am Sonntag vormittag ist im Danziger Hafen Eisgang eingetreten, infolgedessen ließen verschreckte Schiffe mit

## Lokal- u. Provinzialzeitung.

Poznań, 9. Februar.

### Verhaftung einer gefährlichen Einbrecherbande.

Der Kriminalpolizei in Ostrowo war es am 5. v. Mts. gelungen, in Ostrowo eine ausgezeichnete organisierte Einbrecherbande von neun Köpfen, zu der auch ein weibliches Mitglied gehörte, auf die Spur zu kommen, die in Ostrowo eine überaus eindrückliche Tätigkeit entfaltet und für viele Millionen Werte erbeutet hatte. Nach den amtlichen Ermittelungen entfallen auf ihr Konto: ein Kasseneinbruch beim Becht vom 21. Juli 1921; ein Kasseneinbruch bei der Kasse Kreisstadt vom 27. November 1921; ein Kasseneinbruch vom 27. Dezember v. J.; in der Gasanstalt, ein Einbruchsdiebstahl vom 29. September v. J.; bei der Zigarettenfabrik von Rundschau, bei der Kaufeten und anderen Sachen im Wert von Millionen gesohnt wurden; ein Einbruch vom 15. Dezember v. J., bei Sokoł, bei dem aus einer Kasse 210 000 M. gesohnt wurden; ein Einbruch bei Agnieszka Rawacki, bei dem Bargeld und Goldsteine im Wert von 200 000 M. erbeutet wurden; ein Einbruchsdiebstahl vom 12. August v. J., in das Schuhwarengeschäft von Niedzwiedz, bei dem Silber im Wert von 200 000 M. gesohnt wurden, und zwei Einbrüche bei Sokoł vom 9. November und vom 4. Januar d. J., bei dem beide Male Silber in großen Mengen gesohnt wurden. Der größte Teil der Diebesbeute konnte inzwischen wieder herbeigeführt werden. Die zum Teil aus Ostrowo, Międzyrzec und Kongreßpolen stammenden Einbrecher sind: Jan Pawłowski, Janusz Garbarski, Anton Sieniak, Marian Jalenek, Władysław Kamieński, Adolf Altmann, Elisabeth Sobolowa und Józef Wybiera; außerdem wurde der Schlosser Jan Brzezczan festgenommen, der der Bande die Einbrecherwerkzeuge geliefert hatte.

Eine Staatsunterstützung für das Großpolnische Museum in Poznań. Der Ministerpräsident Ponikowski hat dem Großpolnischen Museum (K. Kaiser Friedrich-Museum) eine Staatsunterstützung von 4 Millionen Mark für den Ankauf von polnischen Meisterwerken zugewiesen. Der Ankauf wird durch die Direktion des Museums im Interesse mit dem eigens zu diesem Zweck ermächtigten Vertreter des Ministeriums für Kunst und Wissenschaft erfolgen.

Ein Goldgeldschiebergeschäft. Mehreren Kriminalbeamten gelang es gestern bei einem Händler in der ul. Półwiejska (irischer Halbdorfstr.) der der Polizei schon lange als verdächtig bekannt war auf die Spur zu kommen und dabei 1000 M. in 20- und 10-Mark-Scheinen zu beschlagnahmen. Ein Schieber hatte dieses Geld für 950 000 polnische Mark von einem Unbekannten erworben und hatte es dem erwähnten Händler zum Kauf angeboten. Dieser erklärte sich zum Kauf der Goldstücke bereit, und zwar wollte er dafür amerikanische Dollarrechnungen geben, die er nebenbei bemerkte, gar nicht wusste. Er setzte sich deshalb wieder mit einem anderen Schieber in Verbindung, der das Geld an sich nehmen und ohne irgend welche Gegenzahlung durch die hintere Ausgangstür des Ladens des Händlers verschwinden sollte. Als nun der Schieber mit dem Goldgeld spurlos verschwunden war, traten die Kriminalbeamten ein, beschlagnahmten das schimmernde Goldgeld und nahmen das dreiblättrige Schieber-Schleifblatt fest.

Hoteldiebstahl. In einem besagten Hotel wurde einem Gäste eine Tasche mit mehreren goldenen Silbernen 100 und anderen Herren- und Damenmünzen, Schulspindeln, Uhrtellern, zwei R. S. gezeichnete Armbanduhren im Gesamtwert von 800 000 M. gestohlen.

Vorsicht! Auf dem Hauptpostamt in der ulica Pocztowa (fr. Friedrichstr.) zahlte gestern ein Herr eine große Summe Geld's-

in, während ein neuer vom siehender Täschendieb ausgab. Der letztere beschränkte sich jedoch nicht auf das Taschen, sondern suchte von dem Dieb soviel als möglich an sich zu bringen, und zwar mit bestem Erfolg. Denn schließlich schließen dem einzuhaltenden Herrn eine ganze Anzahl von 5 Täschendieb-Scheinen.

Aufgeklärter Wagendiebstahl. Vor kurzem war in Wildenstejn ein Beamtenverein der Eisenbahner ein Wagen im Wert von 150 000 M. gestohlen worden. Der Dieb ist jetzt ermittelt worden. Er habe den Wagen an einen Fuhrmann in Lazarus für 15 000 M. verkauft. Der letztere wird sich jetzt wegen Hehlerei zu verantworten haben.

Bromberg, 7. Februar. In der letzten Stadtverordnetenversammlung wurde eine Eingabe der Kaufleute und Industriellen verlesen, in der gegen die in Höhe von 3000 Prozent festgesetzte Gewerbesteuer Einspruch erhoben wird. Das gleiche Protestschreiben ist dem Stadtverordnetenvorsteher Dr. Buziel und dem Kämmerer, Vizepräsidenten Dr. Chmielarski überwandt worden. In dem Schreiben heißt es: „Wenn die von der Stadtverordnetenversammlung beschlossene Gewerbesteuer in Höhe von 3000 Prozent nicht vermindernd, sondern, wie beschlossen, eingezogen wird, wird die Existenz der Kaufmannschaft, der Fabriken und des Handels untergraben. Die Unternehmungen würden hierdurch gezwungen werden, ihre Werkstätten und Fabriken zu schließen, wodurch die Arbeiter unschuldig ihre Beschäftigung verlieren würden. Es ist gefährlich, den Ast, auf dem man sitzt, abzusägen. Eine den Verhältnissen Rechnung tragende Abänderung der Gewerbesteuer ist im Interesse der Erhaltung des Handels und der Industrie eine dringende Notwendigkeit.“

Hauptredaktion: Dr. Wilhelm Goewenthal.  
Berantwortlich: Dr. Buziel, Handel, Kunst und Wissenschaft; Dr. Wilhelm Goewenthal; Dr. Latal, und Provinzialzeitung; Rudolf Herderkowitz; für den Anzeigenteil: W. Grünbaum; Druck und Verlag der Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Gottschick in Poznań



## Leipziger Frühjahrs-Messe.

Allgemeine Mustermesse mit Bau-  
messe vom 5.—11. März 1922.

Technische Messe vom 5.—14. März 1922.

Der Zentralmarkt für den internationalen Warenaustausch.

Für Aussteller und Ein-  
käufer gleich wichtig.

Beginn der Herbstmesse 27. August 1922.

Entgegennahme von Anmeldungen,  
Auskunft und kostenlose Zu-  
sendung von Drucksachen durch  
den ehrenamtlichen Vertreter  
für Polen

**Władysław Glazer,**  
Warszawa, Aleje Jerozolimskie 41. Tel. 230-55.

**Achtung Verkäufer!**  
Habe stets viel Käufer mit allerlei Geldern und suche  
Güter, Landwirtschaften, Hotels, Re-  
staurants, Fleischereien, Bäckereien,  
häuser um. Reelle und solide Bedienung. Garantiere  
für schnelle Eileidigung von übernomm. Öfferten.

**W. Kowalewski,**  
Nogórzno (Nogajen), Hotel Polonia.  
Grundst. Berlin-Lichtenrade,  
403 m² groß, direkt an der Hauptstraße gelegen,  
eingezäunt. Wasserleitung 180 Edeebäume (14 Jahre), mehrere  
100 Kernobstbäume. Som reihenweise in Fachwerk, Wert  
150 000 Mark gegen eine komplett Landwirtschaft  
zu verkaufen. Öfferten an  
W. Kaczyński, Berlin-Tempelhof,  
Strasse-Wilhelm-Strasse 73.

Gutein-  
geführt **Sattler-Geschäft,**  
evtl. mit Wohnungseinrichtung, sofort oder  
später zu kaufen gesucht. Öfferten u. „Sattler“  
an Reklama Polska, Bydgoszcz, Gdańskia 164,  
erbeten.

**Zuchthengst** 3 Jahr. br., 67/156  
cm gr. kräft. v. Colored (Gradis) As-  
calon preisw. verf.

## 5123 Möbelschlösser! Möbelbeschläge!

Möbelschlösser, rechts und links, aller  
Größen,  
Möbelbeschläge verschiedener Art,  
Alvierbandisen, vermessingt, mes-  
singplattierte,  
Fournierstiele, Glaspapier  
u. and. Tischlerei-Bedarfsartikel  
empfiehlt greifbar ab Lager

## „TITANIA“ T.z.o.p.

Poznań, Masztalarska 7a. Telefon 3733. 5127

### Stellenangebote

Suche z. 1. 3. ob. 1. 4. einen  
Wirtschafts-  
Lehrling,

der schon Praxis gehabt hat.  
Ang. m. Lebenslauf u. evtl.  
Zeugn. an Frau Administratorkunke, Lopuchowo  
pow. Oborniki. 51218

### Erkennung des Haushaltes

ohne gegen Bergkuma, Familiennachl. Ang. u. „Platz-  
haus 5214“ a. d. Gericht.  
Gebildete Deutsche

zu 2 jähr. Dienst nur tagsüber (ohne Mittagessen) 1000  
gleich gesucht. Geh. 8000 M.  
Vorstellung u. Matejki 1 III.

### Herren-Konfektion.

Zum sofortigen Antritt, evtl. später, suchen wir einen  
einfachigen, volksch. sprechenden.

## Berkäufer

bei hohem Gehalt.

Adolf Krenzberger, Katowice D.-S., 5219

Gesucht zum 1. April verheirateter, fleißiger und verständiger

Gutsgärtner mit allen ins-  
Schlagenden Arbeiten ver-  
traut. Zeugn. sie  
und Angebote an

ledig, nicht unter 23 Jahren,  
einem. dtisch. Offizierswurde  
bevorzugt für Landhaushalt  
per Bild gesucht. Angebote  
mit Zeugn. Bild. Gründungs-  
angabe an 5180

En. ient ichones  
Fischherrschell  
bar zu verkaufen. Georg  
Drauch, Podlasie, 5192  
poz. Popowko Kościerskie,  
pow. Węgorzewo. 5192

Verkaufe am 15. o. Mts.  
eine gute 5211

Britschke.  
Sorge, Cierwonat.

Berichte zwecks Auswan-  
derung

Bienenkösten und  
Jagdhunde.

Off. u. s. m. 5230 an die  
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Stellenangebote

Förster,

32 J. verh. deutsch. im Först-  
u. Jagdbeispiel erf. sucht ge-  
sucht auf gute Zeugn. u. Empfehlungen  
zu bald od. sp. be-  
rufl. Stellung. Ang. u. E.

R. 5221 a. d. Gericht. d. Bl.

Zung. verh. Frauem juan  
Stiehe.

als. Stühle Herrn  
oder Dame; auch zur allei-  
nigen Führung des Hause-

bauens. Off. u. 5225 a. d. Bl. erbeten.

Stühle.

Gräfin von Einsiedel,  
Schloss Maly-Gay, Post Pęczkow, Kreis Szamotuly.

## Deutscher Tag in Wreschen

Sonntag, den 12. Februar 1922,  
im Saale des Hotel Goerlt:

Um 5½ Uhr: Vortrag von Dr. Loewenthal aus  
Poznań über: „Ausland und Heimat“. 5229

Um 8 Uhr: Gastspiel des Deutschen Theatervereins  
aus Poznań. „Hans Huckebein“, Lustspiel in 3 Akten von Blumenhal und Kadelburg.  
Nach der Vorstellung gemäß. Beisammensein mit Tanz.  
Vorverkauf und Näheres im Wreschener Konsumverein.

### Wohnungen

### Tausche eine 3 Zimmerwohnung

gegen eine

### 5-6 Zimmerwohnung

im Stadtviertel Nezce. Ofi.

u. 5228 a. d. Geschäftsst. d. Bl.

Für einen eternlosen jungen  
Menschen, der in Poznań Be-  
sitzt, hat, wird für so-  
fort an pruchsloses

### Quartier

### gesucht,

wo er sich zuhause fühlen  
kann. Ges. Angebote unter  
„Heimat 5212“ an die  
Geschäftsst. d. Bl. erbeten.

Andacht in den  
Gemeinde-Synagogen.

Synagoge A  
Wolnicza.

Freitag, 10. Februar, abends 6 Uhr.  
Sonntags morgens 8 Uhr,  
vormittags 10 Uhr,  
nachm. 4 Uhr Mincha,  
nachm. 4½ Uhr Jugend-  
andacht,

abends 6 Uhr 40 M. Sab-  
batausgang.

### Werktags-Andacht.

Morgens 7½ Uhr u. abends  
6 Uhr.

Synagoge B  
(Israel. Brudergemeinde),  
Ulica Dominikańska.

Freitag, 10. Februar, abends  
6½ Uhr mit Predigt.

Sonntags morgens 10 Uhr.

Morgens 7½ Uhr u. abends  
6 Uhr

### plac Wolności Nr. 6.

Von Montag täglich:

### Das Schicksal rächt sich.

Ein rührendes Ehe-  
Drama in 5 gr. Akten.  
In der Hauptrolle

Mozzuchin,  
der König des Ekaran  
und seine wunder-  
schöne Partnerin  
Lisienko.

### Kino Colosseum sw. Marcin 65.

### Das Spiel mit Feuer

Gewalt Sensations-  
u. Abenteuer-Drama  
in 6 Akten

Noch nie dagewes-  
Sensationen und  
Abenteuer halten  
den Zuschauer in  
steter Spannung.

### Achtung! Täglich von 4-6 Jugend-Vorstellg.

zu ermäß. Preisen.

### Wir kaufen

### Hanf- u. Flachsstroh

zum Verarbeiten in unserer Fabrik  
und bitten um geäfftige Öfferten.

### Spółka Akeyna „LINUM“, Leszno.

Telephon 197.

### Posener Sprachführer.

Ein polnisch-deutscher und deutsch-polnischer Wegweiser  
in handlichem Taschenformat. Zu beziehen durch alle Buch-  
handlungen sowie gegen Einwendung von 25 Mark als  
Einschreibsendung direkt vom Verlage:

### Posener Buchdruckerei und Verlagsanstalt T. A. Poznań, Zwierzyniecka 6.

Dieser Sprachführer will ein Koffer und Führer sein in der Hand ber-  
eit zu haben, die vorpolnischen Sprache noch nicht mächtig, sich im neuen Leben  
nichts zu schaffen können und häufig hilflos stehen vor den ihnen vorläufig  
unverständlichen Aufschriften an der Straße, in öffentlichen Gebäuden, in den  
Waren der Straßenbahn, in Geschäften und Kaufhaus. Er will  
durch mit dem vertraut, daß der hier bleibenden Gästen dort deutlichen  
Wiederholung des Sichtlebens in die neuen Verhältnisse einführt wird und  
dass auch vorübergehend in Polen weilende Deutsche weniger von einem  
Leben der Schwierigkeiten bereit werden, mit denen der Aufenthalt hier und  
die Erfahrung ihrer Erfahrungen in Polen für sie verbunden ist.

### Zu